

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

8. Februar 2017
1 von 3

zur **8.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung lade ich
ein für

**Mittwoch, 15. Februar 2017, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Gymnastikhalle Unterneustädter Schule**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.18.228 -
- 2. Notwendige zusätzliche Räume und Materialien für Inklusion**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.18.232 -
- 3. Konkretisierung des Prinzips "Die Ressource folgt dem Kind"**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.18.233 -
- 4. Sachstand zur Umsetzung der Inklusion**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.18.284 -

- 5. Konzept für die Schulentwicklung in Bettenhausen**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.18.282 -
- 6. Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen Alleinerziehender durch die Stadt Kassel**
Anfrage der FDP-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Andreas Ernst
- 101.18.285 -
- 7. Sicherheit Paul-Julius-von-Reuter-Schule**
Anfrage der FDP-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Andreas Ernst
- 101.18.330 -
- 8. Raumsituation an Kasseler Schulen durch INTEA- und Intensivklassen**
Anfrage der SPD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Anke Bergmann
- 101.18.392 -
- 9. Schulgelände Reuterschule**
Antrag der SPD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Oliver Schmolinski
- 101.18.393 -
- 10. Personalbestand in öffentlichen Kitas zum Schuljahr 2016/2017**
Anfrage der AfD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Adriane Sittek
- 101.18.412 -
- 11. Kitaplätze und Kindertagespflege 2017**
Anfrage der AfD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Adriane Sittek
- 101.18.413 -
- 12. Zusätzliche Stunden für Schulsekretariate**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.18.441 -

13. Desolate Situation in den Klassen der Hegelsbergschule

Anfrage der CDU-Fraktion

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

- 101.18.442 -

14. Perspektive für Mensabau Luisenschule

Anfrage der CDU-Fraktion

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

- 101.18.443 -

15. Angebot U3

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Simon Aulepp

- 101.18.457 -

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Martina van den Hövel-Hanemann

Vorsitzende

Niederschrift
über die 8. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am **Mittwoch, 15. Februar 2017, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

16. Februar 2017
1 von 10

Anwesende:

Mitglieder

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne
Dr. Michael von Rüden, 1. stellvertretender Vorsitzender, CDU bis TOP 10 (18.48 Uhr)
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD (Vertretung für Sabine Wurst) bis TOP 9 (18.40 Uhr)
Anke Bergmann, Mitglied, SPD
Dr. Isabel Carqueville, Mitglied, SPD
Oliver Schmolinski, Mitglied, SPD
Marcus Leitschuh, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne
Adriane Sittek, Mitglied, AfD
Simon Aulepp, Mitglied, Kasseler Linke

Teilnehmer mit beratender Stimme

Altan Tanyeri, Vertreter des Ausländerbeirates
Christel Gusek, Vertreterin des Seniorenbeirates
Richard Pinks, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat

Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

Schriftführung

Jutta Butterweck, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Vera Gleuel, Mitglied, Freie Wähler

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Judith Osterbrink, Jugendamt
Bernd Heger, Schulverwaltungsamt

Tagesordnung:

1. **Gymnastikhalle Unterneustädter Schule** 101.18.228
2. **Notwendige zusätzliche Räume und Materialien für Inklusion** 101.18.232
3. **Konkretisierung des Prinzips "Die Ressource folgt dem Kind"** 101.18.233

4. Sachstand zur Umsetzung der Inklusion	101.18.284	2 von 10
5. Konzept für die Schulentwicklung in Bettenhausen	101.18.282	
6. Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen Alleinerziehender durch die Stadt Kassel	101.18.285	
7. Sicherheit Paul-Julius-von-Reuter-Schule	101.18.330	
8. Raumsituation an Kasseler Schulen durch INTEA- und Intensivklassen	101.18.392	
9. Schulgelände Reuterschule	101.18.393	
10. Personalbestand in öffentlichen Kitas zum Schuljahr 2016/2017	101.18.412	
11. Kitaplätze und Kindertagespflege 2017	101.18.413	
12. Zusätzliche Stunden für Schulsekretariate	101.18.441	
13. Desolate Situation in den Klassen der Hegelsbergschule	101.18.442	
14. Perspektive für Mensabau Luisenschule	101.18.443	
15. Angebot U3	101.18.457	

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 8. Februar 2017 ordnungsgemäß einberufene 8. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Einvernehmlich werden die Tagesordnungspunkte **2., 3. und 4.** betr. **Inklusion** von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abgesetzt und für die nächste Ausschusssitzung vorgemerkt.

Stadtverordneter Schmolinski, SPD-Fraktion, beantragt, die Tagesordnungspunkte **7. und 9.** betr. Paul-Julius-von-Reuter-Schule, wegen Sachzusammenhangs gemeinsam aufzurufen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzende Dr. Martina van den Hövel-Hanemann stellt die geänderte Tagesordnung fest.

- 1. Gymnastikhalle Unterneustädter Schule**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.228 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, gemäß dem einstimmigen Beschluss des Ortsbeirates Unterneustadt vom 19. Mai 2016 Haushaltsmittel für den zügigen Ausbau der Gymnastikhalle der Unterneustädter Schule bereitzustellen.

3 von 10

Stadtverordneter Dr. von Rüden, CDU-Fraktion, begründet den Antrag und ändert ihn wie folgt ab:

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, gemäß dem einstimmigen Beschluss des Ortsbeirates Unterneustadt vom 19. Mai 2016 Haushaltsmittel für den zügigen Ausbau der Gymnastikhalle der Unterneustädter Schule **frühestmöglich** bereitzustellen.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: CDU, AfD, Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne

Enthaltung: --

Abwesend: Freie Wähler + Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der CDU-Fraktion betr. Gymnastikhalle Unterneustädter Schule, 101.18.228, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

2. Notwendige zusätzliche Räume und Materialien für Inklusion

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.18.232 -

Abgesetzt

3. Konkretisierung des Prinzips "Die Ressource folgt dem Kind"

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.18.233 -

Abgesetzt

4. Sachstand zur Umsetzung der Inklusion

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.284 -

Abgesetzt

5. Konzept für die Schulentwicklung in Bettenhausen

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.282 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein schlüssiges Konzept für die Schulentwicklung im Stadtteil Bettenhausen vorzulegen. Dabei soll insbesondere dargestellt werden, welche neuen Schulstandorte es nach dem geplanten Abriss der Joseph-von-Eichendorff-Schule und der Neubebauung des Geländes in Bettenhausen geben soll.

Der Antrag wird von Stadtverordneten Dr. von Rüden, CDU-Fraktion begründet. Im Verlauf der Diskussion ändert er diesen auf Vorschlag von Stadtverordneten Mijatovic, Fraktion B90/Grüne, für seine Fraktion wie folgt ab:

➤ Geänderter Antrag

Konzept für die Schulentwicklung im **Kasseler Osten**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein schlüssiges Konzept für die Schulentwicklung im **Kasseler Osten vorzustellen**. Dabei soll(en)

- dargestellt werden, welche neuen Schulstandorte es nach dem geplanten Abriss der Joseph-von-Eichendorff-Schule und der Neubebauung des Geländes in Bettenhausen geben soll
- **Bezug genommen werden auf das „Integrierte Stadtentwicklungskonzept für den Kasseler Osten“**
- **mögliche Schritte zur Ausweitung des Leuchtturmprojekts „Bildungsregion Waldau“ einbezogen werden.**

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: Freie Wähler + Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Konzept für die Schulentwicklung **im Kasseler Osten, 101.18.282, wird zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. von Rüden

6. Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen Alleinerziehender durch die Stadt Kassel

Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.18.285 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wieviel alleinerziehende Frauen und Männer gibt es in der Stadt Kassel?
2. Wie viele dieser Personen erhalten Kindesunterhalt?
 - a. durch den Vorschuss des Jugendamtes?
 - b. direkt vom Sorgeberechtigten? (Kenntnis durch das Jugendamt)
3. In wieviel Fällen wurde das Jugendamt mit der Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen wegen Nichtzahlung von Unterhaltspflichtigen an Alleinerziehende in den Jahren 2010- 2015 beauftragt?
4. Wie viele Fälle von Unterhaltsansprüchen wurden durch Pfändungsauftrag an das Amtsgericht in den Jahren 2010 – 2015 abgegeben?
5. Wie viele Mitarbeiter (Stellen) der Stadt Kassel sind derzeit mit der Vermittlung oder Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen eingesetzt?
6. Wie viele Beratungsgespräche bezüglich Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen werden durchschnittlich pro Monat mit den Alleinerziehenden geführt?

Den Ausschussmitgliedern liegt die schriftliche Antwort des Magistrats vor. Es ergeben sich keine weiteren Nachfragen.

6 von 10

Mit Vorliegen der schriftlichen Antwort des Magistrats erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

Die Tagesordnungspunkte 7. und 9. werden wegen Sachzusammenhangs gemeinsam aufgerufen.

7. Sicherheit Paul-Julius-von-Reuter-Schule

Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.18.330 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Fälle von Diebstahl, Vandalismus und unberechtigten Zutritten und Nutzungen des Schulgebäudes in den letzten zwei Jahren sind der Stadt Kassel bekannt?
2. Fanden Diebstähle größerer Wertgüter und Einrichtungsgegenstände statt, wenn ja welche?
3. Wie erfolgt die Erstattung von Wertgütern und Einrichtungsgegenständen der Schule durch Diebstahl?
4. Ist der Stadt Kassel bekannt, dass die Schließanlage der Paul Julius von Reuter Schule seit längerem erneuert werden muss, da auch diese durch einen Diebstahl beschädigt wurde?
5. Beabsichtigt die Stadt Kassel eine Erneuerung der Schließanlage der Schule oder gibt es alternative Pläne das Schulgebäude und seine Räumlichkeiten vor unberechtigten Zutritten zu sichern?
6. Wie beurteilt die Stadt Kassel das Sicherheitsrisiko der Schule allgemein?
7. Gibt es ein Konzept um einen geregelten sicheren Schulablauf zu gewährleisten, das berücksichtigt, dass die Schule in einem sozialen Brennpunkt und Schwerpunkt der Drogenszene liegt?

Stadträtin Janz gibt das Wort an Herrn Bernd Heger, Schulverwaltungsamt. Herr Heger beantwortet die Anfrage. Weitere Nachfragen werden von Stadträtin Janz und Herrn Heger beantwortet. Eine schriftliche Antwort zur Niederschrift wird zugesagt.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz und Herrn Bernd Heger, Schulverwaltungsamt, erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

9. Schulgelände Reuterschule

Antrag der SPD-Fraktion
- 101.18.393 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Grünfläche vor der Paul-Julius-von-Reuter-Schule (Ecke Gießbergstraße/Schillerstraße) dem Schulgrundstück der Reuterschule zugeordnet werden kann.

Die Ergebnisse sollen dem Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung vorgestellt werden.

Stadtverordneter Schmolinski, SPD-Fraktion begründet den Antrag und ändert ihn für seine Fraktion auf Vorschlag von Stadtverordneten Leitschuh, CDU-Fraktion wie folgt ab:

➤ Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Grünfläche vor der Paul-Julius-von-Reuter-Schule (Ecke Gießbergstraße/Schillerstraße) dem Schulgrundstück der Reuterschule zugeordnet werden kann, **um dort für mehr Sicherheit zu sorgen und die Anzahl der Probleme durch Diebstahl, Vandalismus und unberechtigte Zutritte zu reduzieren.**

Die Ergebnisse sollen dem Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung vorgestellt werden.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: B90/Grüne, Kasseler Linke

Enthaltung: --

Abwesend: Freie Wähler + Piraten

den

Beschluss

8 von 10

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion betr. Schulgelände Reuterschule, 101.18.393, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Mijatovic

8. Raumsituation an Kasseler Schulen durch INTEA- und Intensivklassen Anfrage der SPD-Fraktion - 101.18.392 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist dem Magistrat bekannt, dass Aufgrund der starken Zunahme von INTEA-Klassen an einigen Kasseler beruflichen Schulen akute Raumnot herrscht?
2. Wie gedenkt der Magistrat, diesbezüglich kurzfristig Abhilfe zu leisten?
3. Plant der Magistrat, die Beschulung von Flüchtlingen z.B. in Intensiv-Klassen sowie Intensiv-Kursen verstärkt auch auf andere Schulformen, wie die Gymnasien, auszuweiten?

Stadträtin Janz beantwortet die Anfrage und sagt die schriftliche Antwort als Anlage zur Niederschrift zu.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Stadträtin Janz für erledigt.

10. Personalbestand in öffentlichen Kitas zum Schuljahr 2016/2017 Anfrage der AfD-Fraktion - 101.18.412 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Erzieher/innenstellen sind nicht besetzt?
2. In welchen Einrichtungen fehlen Erzieher/innen?

3. Wie viele Kitaleiter/innen bzw. Stellvertreter/innen fehlen?

9 von 10

Die Anfrage wird von Stadtverordneter Sittek, AfD-Fraktion, begründet und von Stadträtin Janz beantwortet.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

11. Kitaplätze und Kindertagespflege 2017

Anfrage der AfD-Fraktion

- 101.18.413 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Kinder haben einen Wartelistenplatz?
2. Wie viele Kinder U3 benötigen ab 2017 einen Kitaplatz?
3. Wie viele Kinder Ü3 benötigen ab 2017 einen Kitaplatz?
4. Wie viele Kinder benötigen ab 2017 einen Tagespflegeplatz?
5. Wie werden Eltern über die Möglichkeiten der Kindertagespflege informiert?

Stadträtin Janz beantwortet die Anfrage und sagt eine schriftliche Antwort als Anlage zur Niederschrift zu.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Stadträtin Janz für erledigt.

12. Zusätzliche Stunden für Schulsekretariate

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.18.441 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Haben die Schulsekretariate im Bereich des Schulträgers Stadt Kassel für die Bewältigung der Mehrarbeit durch neu eingeschulte Flüchtlingskinder und Inklusion eine Stundenaufstockung erhalten bzw. ist dies geplant?

Stadtverordneter Leitschuh, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage. Stadträtin Janz beantwortet diese und die weiteren Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Janz erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

13. Desolate Situation in den Klassen der Hegelsbergschule

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.18.442 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

14. Perspektive für Mensabau Luisenschule

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.18.443 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

15. Angebot U3

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.18.457 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 19.03 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Jutta Butterweck
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.18.228

31. August 2016
1 von 1

Gymnastikhalle Unterneustädter Schule

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, gemäß dem einstimmigen Beschluss des Ortsbeirates Unterneustadt vom 19. Mai 2016 Haushaltsmittel für den zügigen Ausbau der Gymnastikhalle der Unterneustädter Schule bereitzustellen.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.232

31. August 2016
1 von 1

Notwendige zusätzliche Räume und Materialien für Inklusion

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche zusätzlichen räumlichen und materiellen Notwendigkeiten im Sinne von Lernmaterial und Schulausstattung sieht der Schulträger bei Kindern mit den Förderschwerpunkten „Lernen“ und „emotionale und soziale Entwicklung“, die im Gegensatz zu körperlichen Behinderungen z.B. keine Rampen brauchen, als Notwendigkeit für gelingende Inklusion?
2. Wie wird die Umsetzung konkret geregelt und mit den Erfordernissen der Schulen abgestimmt?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.233

31. August 2016
1 von 1

Konkretisierung des Prinzips "Die Ressource folgt dem Kind"

Anfrage zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

Was bedeutet die im Zuge der Inklusion immer wieder vom Magistrat benutzte Formel „die Ressource folgt dem Kind“ konkret und in der praktischen Zuweisung von Mitteln des Schulträgers an die inklusiv beschulenden Schulen? Dabei meinen wir weniger einen Bezug auf die notwendigen Ressourcen, die durch bauliche Veränderungen bei körperlichen Beeinträchtigungen vorgenommen werden. Vielmehr geht es uns um die Ressourcen, die der Schulträger bisher den Förderschulen für besondere Ausstattung, Unterrichtsmaterial und Fachräume im Bereich Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ und „emotionale und soziale Entwicklung“ zur Verfügung gestellt hat. Welche dieser Ressourcen folgen konkret dem Kind und wie wird diese Ressource konkret errechnet und zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Wir wollen, dass Inklusion gelingt. Gelingen kann. Zu den Gelingensfaktoren der Inklusion gehören alle Förderschwerpunkte. Im Blick sind allerdings oft nur die körperlichen Behinderungen, die durch Rampen und Sehhilfen etc. ausgeglichen werden können. Für eine Schule und Klasse weitaus einschneidender sind allerdings Kinder mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ und „emotionale und soziale Entwicklung“. Im Gegensatz zu Kindern mit körperlichen Behinderungen – die auch schon in den letzten Jahrzehnten im Sinne eines „gemeinsamen Lernens“ in den Schulen vielfach erfolgreich Teil der Schulgemeinde wurden – stellen die oben genannten Bereiche besondere Herausforderungen dar und haben weitreichendere Auswirkungen auf die Mitschüler/innen. So gibt es zu einzelnen Diagnosen auch konkrete Ratschläge und Vorgaben, wie Kinder mit dieser Beeinträchtigung gelingend an Schulveranstaltungen teilnehmen können und welche räumliche und sächliche Ausstattung sie brauchen.

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.284

15. September 2016
1 von 1

Sachstand zur Umsetzung der Inklusion

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Schülerinnen und Schüler werden zurzeit an welchen Schulen im Rahmen der Inklusion beschult?
2. Wie viele Lehrkräfte aus unterschiedlichen Schulformen werden zur Beschulung dieser Schülerinnen und Schüler an welchen Schulen eingesetzt?
3. Reicht die Bereitstellung der entsprechenden Lehrkräfte aus, um dem Inklusionsbedarf zu entsprechen?
4. Welche Raumentwicklungsmaßnahmen in welchem Kostenrahmen sind erforderlich, um den Anforderungen der Inklusionsmaßstäbe gerecht zu werden?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.282

15. September 2016
1 von 1

Konzept für die Schulentwicklung in Bettenhausen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein schlüssiges Konzept für die Schulentwicklung im Stadtteil Bettenhausen vorzulegen. Dabei soll insbesondere dargestellt werden, welche neuen Schulstandorte es nach dem geplanten Abriss der Joseph-von-Eichendorff-Schule und der Neubebauung des Geländes in Bettenhausen geben soll.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender



Vorlage Nr. 101.18.285

19. September 2016
1 von 1

Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen Alleinerziehender durch die Stadt Kassel

Anfrage


zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wieviel alleinerziehende Frauen und Männer gibt es in der Stadt Kassel?
2. Wie viele dieser Personen erhalten Kindesunterhalt?
 - a. durch den Vorschuss des Jugendamtes?
 - b. direkt vom Sorgeberechtigten? (Kenntnis durch das Jugendamt)
3. In wieviel Fällen wurde das Jugendamt mit der Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen wegen Nichtzahlung von Unterhaltspflichtigen an Alleinerziehende in den Jahren 2010- 2015 beauftragt?
4. Wie viele Fälle von Unterhaltsansprüchen wurden durch Pfändungsauftrag an das Amtsgericht in den Jahren 2010 – 2015 abgegeben?
5. Wie viele Mitarbeiter (Stellen) der Stadt Kassel sind derzeit mit der Vermittlung oder Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen eingesetzt?
6. Wie viele Beratungsgespräche bezüglich Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen werden durchschnittlich pro Monat mit den Alleinerziehenden geführt?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Andreas Ernst

gez. Matthias Nölke
Fraktionsvorsitzender

-v- 

Anfrage der FDP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend, Bildung, Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen Alleinerziehender durch die Stadt Kassel, Vorlage Nr. 101.18.285

Frage 1 – Wieviel alleinerziehende Frauen und Männer gibt es in der Stadt Kassel?

In Kassel gibt es 5.278 Haushalte von Alleinerziehenden. Das sind 28,6 % aller Haushalte.
Quelle: Fachstelle Statistik Kassel Jahresbericht 2015 (Info von -510- Herrn Knoop vom 13.01.2017)

Frage 2 Wie viele dieser Personen erhalten Kindesunterhalt?

a. durch den Vorschuss des Jugendamtes?

Zum Stichtag 31.12.2015 erhielten 1.424 Kinder Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (Stichtag 31.12.2016 = 1.592 Kinder). Diese Zahlungen erhalten Kinder unter bestimmten Voraussetzungen (sie müssen bei einem Elternteil leben, der ledig, verwitwet, geschieden ist oder von seinem Ehegatten getrennt lebt) bis zum 12. Lebensjahr jedoch insgesamt maximal 72 Monate, wenn der unterhaltspflichtige Elternteil keinen Unterhalt zahlt oder aufgrund seiner finanziellen Situation keinen Unterhalt zahlen kann oder verstorben ist.

2015 wurden hierfür 2.832.197 € (2016 = 2.969.738 €) aufgewandt. An diesen Kosten beteiligen sich Bund, Land und Stadt zu je einem Drittel, so dass der städtische Anteil 944.065 € (2016 = 990.000 €) betrug.

b. direkt vom Sorgeberechtigten?

Zum 31.12.2015 bestand für insgesamt 1.780 Kinder und Jugendliche eine Beistandschaft beim Jugendamt (2016 = 1.771 Kinder und Jugendliche). Die Beistandschaft wird auf Antrag des alleinerziehenden Elternteils eingerichtet und umfasst ggf. die Feststellung der Vaterschaft, die Festsetzung von Unterhalt und die Einziehung und Weiterleitung von Unterhalt direkt an das Kind.

Von den 1.780 Kindern, für die eine Beistandschaft besteht, erhielten im Jahr 2015 277 Kinder Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (2016 = 264 Kinder erhielten UVG).

Die Anzahl der Fälle, in denen tatsächlich Unterhalt durch Beistandschaften an die Alleinerziehenden weitergeleitet wird, kann nur geschätzt werden. Dies liegt daran, dass

nicht in allen Fällen Unterhalt durchgesetzt werden kann, da Unterhaltspflichtige nicht immer in der Lage sind Unterhalt zu zahlen bzw. zunächst die Einkommensverhältnisse ermittelt werden müssen, ein Unterhaltstitel geschaffen werden oder eine Pfändung eingeleitet werden muss.

In ca. 50 % der Beistandschaften fließt Unterhalt. 2015 wurden von den Unterhaltspflichtigen eingenommene Zahlungen in Höhe von rund 1.575.000 € weitergeleitet (2016 = 1.642.000 €)

Frage 3. In wieviel Fällen wurde das Jugendamt mit der Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen wegen Nichtzahlung von Unterhaltspflichtigen an Alleinerziehende in den Jahren 2010 – 2015 beauftragt?

Die monatlichen bzw. jährlichen in größerem Umfang stattfindenden Zu- und Abgänge werden statistisch nicht erfasst; in den vorangegangenen Jahren wurden wie in 2015 und 2016 ca. 1800 Beistandschaften geführt.

Frage 4. Wie viele Fälle von Unterhaltsansprüchen wurden durch Pfändungsauftrag an das Amtsgericht in den Jahren 2010 – 2015 abgegeben?

Geschätzt werden aktuell in ca. 90 Fällen Pfändungen durchgeführt, d.h. in 10% der Fälle, in denen Unterhalt fließt, erfolgen Zahlungen durch Pfändungsmaßnahmen.

Frage 5. Wie viele Mitarbeiter (Stellen) der Stadt Kassel sind derzeit mit der Vermittlung oder Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen eingesetzt?

- a. für den Unterhaltsvorschuss 9 VZÄ für 9 Mitarbeiterinnen
- b. für die Beistandschaften durchschnittl. 11,60 VZÄ für 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Frage 6. Wie viele Beratungsgespräche bezüglich Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen werden durchschnittlich pro Monat mit den Alleinerziehenden geführt?

Geschätzt werden durchschnittlich 140 Beratungsgespräche monatlich durch die Beistände geführt. Beratungen werden u. a. in Anspruch genommen von

- a) jungen Volljährigen, um Unterhalt gegenüber den Eltern durchzusetzen,
- b) von werdenden Eltern bezüglich Vaterschaftsfeststellung, Sorgeerklärung und Unterhalt,
- c) von Alleinerziehenden bezüglich Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen,
- d) von Unterhaltspflichtigen, die beim Jugendamt den Unterhalt beurkunden lassen wollen.



Vorlage Nr. 101.18.330

13. Oktober 2016
1 von 2

Sicherheit Paul-Julius-von-Reuter-Schule

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Fälle von Diebstahl, Vandalismus und unberechtigten Zutritten und Nutzungen des Schulgebäudes in den letzten zwei Jahren sind der Stadt Kassel bekannt?
2. Fanden Diebstähle größerer Wertgüter und Einrichtungsgegenstände statt, wenn ja welche?
3. Wie erfolgt die Erstattung von Wertgütern und Einrichtungsgegenständen der Schule durch Diebstahl?
4. Ist der Stadt Kassel bekannt, dass die Schließanlage der Paul Julius von Reuter Schule seit längerem erneuert werden muss, da auch diese durch einen Diebstahl beschädigt wurde?
5. Beabsichtigt die Stadt Kassel eine Erneuerung der Schließanlage der Schule oder gibt es alternative Pläne das Schulgebäude und seine Räumlichkeiten vor unberechtigten Zutritten zu sichern?
6. Wie beurteilt die Stadt Kassel das Sicherheitsrisiko der Schule allgemein?
7. Gibt es ein Konzept um einen geregelten sicheren Schulablauf zu gewährleisten, das berücksichtigt, dass die Schule in einem sozialen Brennpunkt und Schwerpunkt der Drogenszene liegt?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Andreas Ernst

gez. Matthias Nölke

-v- *AJ*

Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung am 23. November 2016
Anfrage der FDP-Fraktion, Vorlage Nr. 101.18.330

Sicherheit Paul-Julius-von-Reuter-Schule

1. Wie viele Fälle von Diebstahl, Vandalismus und unberechtigten Zutritten und Nutzungen des Schulgebäudes in den letzten zwei Jahren sind der Stadt Kassel bekannt?
2. Fanden Diebstähle größerer Wertgüter und Einrichtungsgegenstände statt, wenn ja welche?
3. Wie erfolgt die Erstattung von Wertgütern und Einrichtungsgegenständen der Schule durch Diebstahl?
4. Ist der Stadt Kassel bekannt, dass die Schließanlage der Paul-Julius-von-Reuter-Schule seit längerem erneuert werden muss, da auch diese durch einen Diebstahl beschädigt wurde?
5. Beabsichtigt die Stadt Kassel eine Erneuerung der Schließanlage der Schule oder gibt es alternative Pläne das Schulgebäude und seine Räumlichkeiten vor unberechtigten Zutritten zu sichern?
6. Wie beurteilt die Stadt Kassel das Sicherheitsrisiko der Schule allgemein?
7. Gibt es ein Konzept um einen geregelten sicheren Schulablauf zu gewährleisten, das berücksichtigt, dass die Schule in einem sozialen Brennpunkt und Schwerpunkt der Drogenszene liegt?

Zu 1.:

Nach Aussage der Schulleitung der Paul-Julius-von-Reuter-Schule gibt es geschätzte 4-5 unberechtigte Zutritte pro Woche. Der Vandalismus betraf hauptsächlich die neuen Toiletentüren im G-Bereich der Schule. Darüber hinaus Beschädigungen an den Deckenverkleidungen in den Räumen, aus denen Beamer gestohlen wurden. Weiterhin gab es Vandalismusschäden bei einem Einbruch vor 2 Jahren, bei dem auf der Suche nach Bargeld das Lehrerzimmer und Verwaltungsräume (Sekretariat und Schulleiter) verwüstet und Türen aufgebrochen wurden.

Zu 2.:

Bei einem zweiten Einbruch wurde ein Tresor mit Bargeld, Datensicherungen der Schulleiter auf Sticks und Zentralschlüssel der Schule gestohlen. Im laufenden Kalenderjahr wurden bisher sechs Beamer aus Klassenräumen gestohlen.

Zu 3.:

Die Schule muss die Wiederbeschaffung aus dem vom Schulträger zur Verfügung gestellten Schulbudget finanzieren, da aufgrund fehlender Einbruchspuren keine Erstattung durch die städtische Versicherung möglich ist.

Zu 3.:

Die Schule muss die Wiederbeschaffung aus dem vom Schulträger zur Verfügung gestellten Schulbudget finanzieren, da aufgrund fehlender Einbruchspuren keine Erstattung durch die städtische Versicherung möglich ist.

Zu 4.:

Ja, es ist bekannt, dass die Schließanlage für das Gebäudeinnere nach einem Diebstahl erneuert werden muss. Die Außentüren zum Gebäude sind hiervon nicht betroffen, weil diese unabhängig von dieser Schließanlage mit einer elektronischen Transponderschließung ausgestattet sind.

Zu 5.:

Nachdem nun versicherungstechnische und Finanzierungsfragen geklärt sind, ist beabsichtigt, die Schließanlage im Gebäudeinneren zu erneuern. Zu ergänzenden bzw. flankierenden Maßnahmen zur Sicherung des Schulgebäudes vor unberechtigtem Zutritt laufen Abstimmungsgespräche zwischen dem Schulverwaltungsamt, dem Amt Hochbau und Gebäudebewirtschaftung und der Schulleitung.

Zu 6. und 7. hat das Ordnungsamt die folgenden Antworten mitgeteilt:

Das Polizeipräsidium Nordhessen hat in einem aktuellen Lagebericht (Stand Oktober 2016) ausgeführt, dass aus den polizeilichen Feststellungen für den Bereich rund um die Paul-Julius-von-Reuter-Schule kein übermäßiger Gefahrenraum abgeleitet werden könne.

Zwar stelle der Bereich subjektiv aufgrund von Meinungsäußerungen und Medienberichten zwar eine Art „Angstraum“ dar, allerdings werde diese subjektive Einschätzung durch die objektive Auswertung der festgestellten Straftaten nicht gestützt. Statistisch seien in erster Linie Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz sowie Rohheitsdelikte festzustellen. Allerdings sei bei den Deliktszahlen über die Jahre von 2009 bis heute zahlenmäßig kein signifikanter Anstieg zu verzeichnen.

Aus Sicht der Polizei werden die derzeitigen polizeilichen Maßnahmen (offensive Personenkontrollen, Razzien, gemeinsame Aktionen mit dem Ordnungsamt der Stadt) als ausreichend beurteilt.

Das Ordnungsamt der Stadt schließt sich dieser Einschätzung vollumfänglich an.

Aktuell führen die Ordnungspolizistinnen und -polizisten der Stadt regelmäßige Kontrollen zu unterschiedlichen Zeiten rund um die Paul-Julius-von-Reuter-Schule durch. Allerdings können diese Kontrollen immer nur punktuell und nie flächendeckend und rund um die Uhr erfolgen. Bei diesen Kontrollen wird ordnungswidriges Verhalten konsequent geahndet. Ergänzend wird über aufsuchende Sozialarbeit im Rahmen der „Straßenarbeit mit Schlichtungsfunktion - SmS“ präventiv auf die Szene rund um die Schule Einfluss genommen.

In Vertretung



Bernd Heger
stellvertretender Amtsleiter



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
buero@spd-fraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.392

29. November 2016
1 von 1

Raumsituation an Kasseler Schulen durch INTEA- und Intensivklassen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung


Wir fragen den Magistrat:

1. Ist dem Magistrat bekannt, dass Aufgrund der starken Zunahme von INTEA-Klassen an einigen Kasseler beruflichen Schulen akute Raumnot herrscht?
2. Wie gedenkt der Magistrat, diesbezüglich kurzfristig Abhilfe zu leisten?
3. Plant der Magistrat, die Beschulung von Flüchtlingen z.B. in Intensiv-Klassen sowie Intensiv-Kursen verstärkt auch auf andere Schulformen, wie die Gymnasien, auszuweiten?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Anke Bergmann

gez. Dr. Günther Schnell
Fraktionsvorsitzender

An

-V- 

Anfrage der SPD-Fraktion vom 29. November 2016 (Vorlage Nr. 101.18.392)

Raumsituation an Kasseler Schulen durch INTEA- und Intensivklassen

Frage 1:

Ist dem Magistrat bekannt, dass aufgrund der starken Zunahme von INTEA-Klassen an einigen Kasseler beruflichen Schulen akute Raumnot herrscht?

Die Aufnahme von zuwandernden und asylsuchenden Jugendlichen an den beruflichen Schulen der Stadt und des Landkreises Kassel macht es notwendig, an allen Standorten zusammen zu rücken. Zum 1.12. 2016 gab es nur noch zwei Berufliche Schulen (Martin-Luther-King-Schule und Paul-Julius-von-Reuter-Schule), die noch keine InteA-Klassen aufgenommen haben. Laut Vorgabe vom HKM kann eine neue Schule erst hinzukommen, wenn in den anderen Schulen bereits vier InteA-Klassen bestehen. Dies wird voraussichtlich zum 1.2.2017 der Fall sein und die Paul-Julius-von-Reuter-Schule wird die neuen InteA-Klassen aufnehmen und beschulen.

Bisher haben die Kasseler beruflichen Schulen mit InteA-Klassen die Schülerinnen und Schüler in den vorhandenen schulischen Räumen beschult. Diese konnte gelingen, weil die Unterrichtszeiten zum Teil deutlich in den Nachmittag verlegt und (teilweise) ungenutzte Räume über Mehrfachbelegung häufiger und länger genutzt werden. Akuten Raumbedarf hat bisher nur die Friedrich-List-Schule angemeldet. Sie nutzt an drei Tagen in der Woche einen Raum in der Paul-Julius-von-Reuter-Schule und zeitweise einen Raum in der Stadtteilbibliothek Kirchditmold. Hier muss nach besseren Lösungen gesucht werden.

Über die Zahl der zuwandernden und asylsuchenden Jugendlichen in 2017 lässt sich keine verlässliche Aussage treffen. Das Staatliche Schulamt geht von bis zu elf zusätzlichen Intea-Klassen für die Stadt und den Landkreis Kassel aus.

Frage 2:

Wie gedenkt der Magistrat, diesbezüglich Abhilfe zu leisten?

Die Schulen haben sich bisher sehr flexibel und kreativ gezeigt und die neuen Schülerinnen und Schüler an ihren Schulen und in ihren Gebäuden willkommen geheißen. Neue Klassen werden an den bisher noch nicht aufnehmenden Schulen der Stadt Kassel und in Landkreisschulen untergebracht. Für die Friedrich-List-Schule wird zurzeit nach Ausweichräumen gesucht.

Frage 3:

Plant der Magistrat, die Beschulung von Flüchtlingen z. B. in Intensiv-Klassen sowie Intensiv-Kursen verstärkt auch auf andere Schulformen, wie die Gymnasien, auszuweiten?

Schülerinnen und Schüler in Intensivklassen sollen nach einem Jahr teilweise und spätestens nach zwei Jahren vollständig in Regelklassen beschult werden. Deshalb werden Intensivklassen dort gebildet, wo ein „Anschlussbeschulung“ in Regelklassen auch sinnvoll möglich ist. In den Grundschulen, der Mittelstufenschule und den Gesamtschulen können Schülerinnen und Schüler entsprechend ihres Sprach- und Wissenstandes gut integriert werden. Außerdem werden für Intensivklassen Standorte gewählt, die ausreichend Raumkapazität haben.

Die Gymnasien, die Realschule und die Förderschulen wurden bisher nicht einbezogen, weil die wenigsten Schülerinnen und Schüler der Intensivklassen einen besonderen Förderbedarf haben oder weil sie sprachlich nicht alle so weit sind, dass Sie dem Unterricht in einer Realschulklasse oder einer gymnasialen Klasse gut folgen können.

Die Kasseler Gymnasien und die Luisenschule (Realschule) sind in der Regel voll ausgelastet. Dort fällt es besonders schwer, notwendigen Räumlichkeiten für Intensiv- oder InteA-Klassen frei zu räumen. Wenn jedoch die Zahl der Intensiv- und InteA-Klassen weiterhin stark steigt, ist eine Belegung auch diesen Schulen nicht mehr auszuschließen.

Übersicht Intensivklassen an Schulen der Stadt Kassel (1.12.2016)

Standort	Stand 1.9.2016		Stand 1.12.2016	
	Anzahl I-Klassen	SuS	Anzahl I-Klassen	SuS
Auefeldschule	1	16	1	15
Schule Am Lindenberg			1	11
Fasanenhofschule	1	16	2	17
Schenkelsberg	1	10	1	11
Losseschule	2	20	2	26
Grundschule Brückenhof/Nordsh.	1	10	1	11
Grundschule Waldau			0	0
Grundschule Unterneustadt				
Carl-Schomburg-Schule			1	16
Heinrich-Schütz-Schule	1	11	2	27
Offene Schule Waldau	2	29	2	29
Georg-August-Zinn-Schule	4	61	4	75
Johann-Amos-Comenius-Schule	2	32	3	47
Reformschule			0	12
Schule Hegelsberg	Die Schulen arbeiten ausschließlich mit Intensivkursen			
Carl-Anton-Henschel-Schule				
Valentin-Traudt-Schule				
Gesamt	15	205	20	285

Übersicht InteA-Klassen an beruflichen Schulen Stadt und LK Kassel (1.12.2016)

InteA Standort	Stand 1.9.2016		Stand 1.12.2019	
	Anzahl InteA Klassen	SuS in InteA Klassen	Anzahl InteA Klassen	SuS in
W Brandt S	8		8	138
H Blankertz S HOG	4		4	65
H Blankertz S WOH	4		4	71
Summe LK	16		16	274
A Bode S	5		5	86
M Eyth S	3		4	65
E Knipping S	5		5	87
M L King S	0		0	0
P J v Reuter S	0		0	0
F List S	2		4	63
O v Miller S	4		5	80
Summe Stadt	19		23	381
Stadt + LK Kassel	35		39 *	655

* bis Sommer 2017 wird mit bis zu 11 zusätzlichen InteA-Gruppen in Stadt und LK Kassel gerechnet



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
buero@spd-fraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.393

29. November 2016
1 von 1

Schulgelände Reuterschule

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Grünfläche vor der Paul-Julius-von-Reuter-Schule (Ecke Gießbergstraße/Schillerstraße) dem Schulgrundstück der Reuterschule zugeordnet werden kann.

Die Ergebnisse sollen dem Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung vorgestellt werden.

Begründung:

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Oliver Schmolinski

gez. Dr. Günther Schnell
Fraktionsvorsitzender

AfD

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3265
Telefax 0561 787 3266
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

9. Januar 2017
1 von 1

Vorlage Nr. 101.18.412

Personalbestand in öffentlichen Kitas zum Schuljahr 2016/2017

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Erzieher/innenstellen sind nicht besetzt?
2. In welchen Einrichtungen fehlen Erzieher/innen?
3. Wie viele Kitaleiter/innen bzw. Stellvertreter/innen fehlen?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Adriane Sittek

gez. Michael Werl
Fraktionsvorsitzender

AfD

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3265
Telefax 0561 787 3266
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

9. Januar 2017
1 von 1

Vorlage Nr. 101.18.413

Kitaplätze und Kindertagespflege 2017

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Kinder haben einen Wartelistenplatz?
2. Wie viele Kinder U3 benötigen ab 2017 einen Kitaplatz?
3. Wie viele Kinder Ü3 benötigen ab 2017 einen Kitaplatz?
4. Wie viele Kinder benötigen ab 2017 einen Tagespflegeplatz?
5. Wie werden Eltern über die Möglichkeiten der Kindertagespflege informiert?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Adriane Sittek

gez. Michael Werl
Fraktionsvorsitzender

An - V - 

Anfrage der Stadtverordneten-Fraktion Alternative für Deutschland an das Stadtverordnetenbüro mit der Bitte um Weiterleitung an den Ausschuss Schule, Jugend Bildung vom 09.01.2017

Vorlage Nr. 101.18.413

Kitaplätze und Kindertagespflege

1. Wie viele Kinder haben einen Wartelistenplatz?

Antwort:

In Kassel werden die Plätze in Kindertagesstätten nicht zentral vergeben. Daher steht die Gesamtanzahl der Platzsuchenden nicht zur Verfügung.

2. Wie viele Kinder U3 benötigen ab 2017 einen Kitaplatz?

Antwort:

1. Um den Bedarf an Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder festzustellen, berücksichtigt das Jugendamt im Wesentlichen folgende Faktoren:

- Entwicklung der Kinderzahlen
- Betreuungsquote der Vorjahre und voraussichtliche Nachfrageentwicklung (z. B. erhöhte Nachfrage durch berufstätige Eltern, frühe Bildung).
- Neubaugebiete

2. Daraus ergeben sich folgende Platzkapazitäten:

Nach der Bedarfsberechnung werden in Kassel zu dem bestehenden und in Ausbau befindlichen 1500 Plätzen für unter dreijährige Kinder zusätzlich **84** Plätze ab 2017 benötigt. Diese sind in der Planung des Jugendamtes für 2017 berücksichtigt.

3. Wie viele Kinder Ü3 benötigen ab 2017 einen Kitaplatz?

Antwort:

1. siehe Frage
2. Daraus ergeben sich folgende Platzkapazitäten:

Nach der Bedarfsberechnung werden in Kassel zu dem bestehenden und in 2016 begonnenen Weiterausbau 5600 Plätzen für über dreijährige Kinder zusätzlich **165** Plätze ab 2017 benötigt. Diese sind in der Planung des Jugendamtes für 2017 berücksichtigt.

4. Wie viele Kinder benötigen ab 2017 einen Tagespflegeplatz

Antwort:

1. siehe Frage 2
2. Daraus ergeben sich folgende Platzkapazitäten:

Nach der Bedarfsberechnung werden in Kassel zu den bestehenden 380 Plätzen in der Kindertagespflege werden zusätzlich **30** Plätze ab 2017 benötigt. Diese sind in der Planung des Jugendamtes für 2017 berücksichtigt.

5. Wie werden Eltern über die Möglichkeiten der Kindertagespflege informiert?

Antwort:

Der Fachdienst Kindertagespflege bietet Eltern ein umfangreiches Beratungsangebot zum Thema Kinderbetreuung in Kindertagespflege (Erstinformation, Vermittlung, Information über finanzielle und rechtliche Fragen, Anlaufstelle für alle Fragen während eines Betreuungsverhältnisses etc.)

Hierfür werden an drei Tagen in der Woche regelmäßige Sprechzeiten angeboten.

In der Öffentlichkeit wird wie folgt über das Angebot des Fachdienstes und zur Kindertagespflege informiert:

- Serviceportal der Stadt Kassel
- Web-Kita
- regelmäßige Artikel in der örtlichen Presse und in Stadtteilmagazinen
- Anzeigen in den Programmen der Kasseler Familienbildungsstätten
- Darstellung des Angebots im Ordner „Willkommen von Anfang an“
- Darstellung des Angebotes in der Broschüre „Studieren in Kassel“
- Aushänge in Kitas
- Flyer
- Publikationen zur Kindertagespflege (Zeitung)

Vorlage Nr. 101.18.441

31. Januar 2017
1 von 1

Zusätzliche Stunden für Schulsekretariate

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

Haben die Schulsekretariate im Bereich des Schulträgers Stadt Kassel für die Bewältigung der Mehrarbeit durch neu eingeschulte Flüchtlingskinder und Inklusion eine Stundenaufstockung erhalten bzw. ist dies geplant?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Michael von Rügen
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.442

31. Januar 2017
1 von 2

Desolate Situation in den Klassen der Hegelsbergschule

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat den Offenen Brief der GEW-Schulgruppe an der Schule Hegelsberg und weiterer Kolleginnen und Kollegen?
2. Wie bewertet der Magistrat die Situationsbeschreibung, dass „vor dem Hintergrund der von uns als zunehmend desolat empfundenen Situation in den Klassen die uns zur Verfügung gestellten Ressourcen nicht ausreichen... um alle Schülerinnen und Schüler unter diesen Rahmenbedingungen angemessen zu fördern.“?
3. Wie bewertet der Magistrat die in dem offenen Brief vorgenommene Kommentierung: „Die eigentlich im Gegenzug für die Übernahme der Schülerinnen und Schüler der Mönchebergschule (Anm.: die lt. Beschluss der Stadt Kassel als Förderschule geschlossen wurde) zugesagte inklusionsgerechte Sanierung der Schule Hegelsberg wird nicht stattfinden, zumindest in den nächsten vier Jahren.... Alle anderslautenden mündlich geäußerten Versprechungen erweisen sich... als haltlos. Vor dem Hintergrund der besonderen Problemlagen, mit denen Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrer hier konfrontiert sind, stellt diese nicht eingehaltene Zusage jedoch ein Politikum dar.“?
4. Kann vor dem geschilderten Hintergrund Inklusion und Integration an der Schule Hegelsberg gelingen, „wenn man nicht die personellen Mittel, die Ausstattung und die räumlichen Voraussetzungen bereitstellt.“?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Michael von Rüden

Vorlage Nr. 101.18.443

31. Januar 2017
1 von 1

Perspektive für Mensabau Luisenschule

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist der Sachstand für den geplanten Mensabau in der Luisenschule zur Sicherung und Ausweitung des Ganztagsangebotes?
2. Wann beabsichtigt der Magistrat die Umsetzung und stellt Haushaltsmittel ein?
3. Wird mit den Schulen offen über die realistische Perspektive kommuniziert?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Michael von Rügen
Fraktionsvorsitzender

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.18.457

2. Februar 2017
1 von 1

Angebot U3

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele U3 Gruppen gibt es in Kassel?
2. Wie ist die Verteilung auf städtische, private und kirchliche Träger?
3. Wie hoch ist das Volumen der U3-Anschubförderung für die Stadt Kassel?
4. Wie viele Träger haben einen Antrag auf die U3-Anschubförderung zur Erweiterung des Angebots gestellt und wie viele wurden bisher angenommen?
5. Inwiefern gelingt es, dass Geschwister in einer Kita Plätze bekommen?
6. In wie vielen Fällen weicht der Kitaplatz mehr als 1,5 km vom Wunschstandort der Eltern ab?
7. Wieviele ErzieherInnen sollen 2017 neu eingestellt werden?
8. Haben in Kassel Eltern bereits Klage erhoben, weil sie keinen Platz erhalten haben?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Simon Aulepp

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender